

presse

Betreuungsgeld: zu Recht ein Rüffel aus Brüssel

Zum aktuellen Bericht der EU-Kommission an die Bundesregierung erklärt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks:

Die EU-Kommission kritisiert das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld und moniert den Nachholbedarf beim Ausbau der Kinderbetreuung. Das ist richtig. Mit dem Betreuungsgeld wird es nicht gelingen, Kinder besser zu fördern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sagt Caren Marks.

Zu Recht rüffelt die EU-Kommission das von der schwarz-gelben Regierungskoalition geplante Betreuungsgeld und warnt vor Fehlanreizen bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Das Betreuungsgeld, das für die Nichtinanspruchnahme einer Kindertageseinrichtung gezahlt werden soll, ist unsinnig. Mit einem Betreuungsgeld wird es nicht gelingen, Kinder besser zu fördern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Pro Betreuungsgeld heißt kontra Chancen.

Deshalb bleiben wir bei einem klaren Nein zum Betreuungsgeld. Stattdessen muss die Bundesregierung ihr Engagement verstärken, ein bedarfsdeckendes Angebot an Krippenplätzen auszubauen. Die EU-Kommission hat auch festgestellt, dass Deutschland hier noch großen Nachholbedarf hat.